Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
JANINA MANGOLD

Juni 2010

www.kasusa.org
www.kas.de

Why Obama Can't Afford to Gamble Away Wall Street Reform

New America Foundation, 09. Juni 2010

Diskutiert wurde bei dieser Veranstaltung der New America Foundation die derzeit für Gesprächsstoff sorgende geplante Finanzmarktreform Obamas. Ende Mai gab der US-Senat nach Monaten endlich grünes Licht für die größte Finanzmarktreform seit Jahrzehnten. Präsident Obama erzielte damit – nach der Gesundheitsreform – seinen zweiten innenpolitischen Erfolg. Noch vor dem US-Feiertag am 04. Juli soll das Gesetz trotz hunderter Wall-Street-Lobbyisten unterzeichnet werden. Die beiden geladenen Experten, die Autoren Robert Kuttner und Simon Johnson, diskutierten, warum gerade dieses Vorhaben für Obama entscheidend sein könnte. Moderiert wurde die Diskussionsrunde von Steve Clemons, Director der New America Foundation.

Simon Johnson begann seine Ausführungen damit, dass er auf die Folgezeit nach dem Bankenkollaps im September 2008 einging. Man hätte damals die schmerzliche Erfahrung machen müssen, dass Banken geschaffen wurden, die „too big to fail" gewesen seien – dass ein Scheitern also zu große und zu weit reichende Folgen verursacht hätte, als dass man dies in Kauf nehmen wollte. Seiner Meinung nach hätte man auch jetzt - zwei Jahre nach dem Kollaps – noch keine Lösung für einen gemäßigten Finanzmarkt gefunden.

Es gebe einen allgemeinen Konsens zwischen Vertretern des eher linkeren Spektrums, dem US-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftler Joseph Stiglitz, und Gene Farmer, der eher links gerichtet sei, die sich beide einig seien, dass das momentane System, kein Markt sei. Vielmehr stünde es für eine verdeckte, unfaire und Steuerzahler subventionierte Politik. Farmer vertrete die Meinung, dass „too big to fail" die eigentlichen Interessen und Nutzen verdrehen würde. Banken würden nur noch aus Eigennutz agieren und nicht nach gesamtgesellschaftlichen Vorteilen schauen. Gemäßigte und vollkommen richtige Ansichten hätte indes auch Paul Volcker, der weder rechts noch links auf dem politischen Spektrum einzuordnen sei. Der frühere Vorsitzende der Federal Reserve Bank der USA sei nun Vorsitzender der Group of Thirty, die derzeit mit ihrem Vorschlag der Finanzmarktreform, der Volcker Rule, für Aufsehen sorgt.

Es sei eindeutig, dass Banken heutzutage an zu viel Macht gelangt seien. Fraglich sei nur, wie Macht inzwischen zu messen und definieren sei. Laut Johnson gebe es drei verschiedene Machtfaktoren:

1. Weltanschauung
2. Drehtüreffekt zwischen DC und der Wall Street
3. Geld

Die derzeitige Weltanschauung würde den Menschen suggerieren, dass völlig unregulierte Banken die besten seien. Es sei eindeutig der Machtfaktor Geld, der die Spielregeln und somit auch die Gewinner bestimme. Es müsse ein Wandel in der Denkweise stattfinden. Farmer, Stiglitz and Volcker würden alle richtige Ansichten vertreten und Johnson stimmte ihnen zu, dass „Too big to fail, too big to exist" sei.

Konrad Adenauer Stiftung

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

USA
JANINA MANGOLD

Juni 2010

www.kasusa.org
www.kas.de

Der zweite Diskussionsteilnehmer, Robert Kuttner, teilte Johnsons Auffassung, dass die Stärke der Banken zum Teil durch die Ideologie und den Machtfaktor Geld an sich begründet sei. Kuttner sei besonders enttäuscht gewesen, als er von der Berufung des Wirtschaftsteams von Präsident Obama erfahren habe. Bei Leuten wie Larry Summers, Finanzminister Timothy Geithner und der erneuten Ernennung des Präsidenten der Federal Reserve Boards, Ben Bernanke, würde er sich nach den Gründen für diese Personalentscheidungen fragen. Kuttner meinte darauf zwei Antworten gefunden zu haben. Obama sei zum einen ein Inkrementalist, der den langsamen Wandel bevorzugen würde. Zum anderen befürwortete er die Konsensfindung, um eine gemeinsame Basis für alle Beteiligten zu finden. Kuttners Empfehlung lautete, dass Obama weniger Vorschläge seines eigentlichen Finanzministers umsetzen sollte und stattdessen mehr Ideen, beispielsweise des Ökonomen Stiglitz, einfließen lassen sollte. Auf die Frage, wo das Ganze ansonsten hinführen könnte, antwortete Kuttner, dass man bei Banken enden könnte, die Risiko resistent sind. Die Regierung würde sich mehr um die Wall Street statt um die Main Street sorgen. Auch wenn die momentane Arbeitslosenrate von 17 Prozent beängstigend hoch sei, sei das eigentliche Problem, für Ruhe auf dem Finanzmarkt zu sorgen. Man müsse endlich mehr tun, um eine mögliche nächste Finanzmarktkrise zu verhindern. Auch wenn Barack Obama nach wie vor ein „sympathischer Typ“ sei, dem die Menschen Erfolg wünschten, sei er sich sicher, dass die Republikaner eine große Anzahl an Sitzen im Senat und Repräsentantenhaus gewinnen werden, wenn nicht bald der versprochene Wandel eintrete.

Kuttner antwortete auf die Frage, was mit dem globalen Wachstum passiere, wenn jeder den Gürtel enger schnalle, dass die Menschen bereits vor der dem Höhepunkt der Krise angefangen hätten zu sparen und umso mehr noch mal danach. Fernsehwerbesendungen der Republikaner, die vor den Demokraten und ihren weiteren Kürzungen der Sozialleistungen mit gleichzeitigen Steuererhöhungen warnen, würden nur zu Hysterie führen. Insbesondere die Europäer müssten nun wegen Griechenland und Portugal verstärkt auf ihren Haushalt achten. Vor allem exportstarke Länder, wie Deutschland und China, seien vom Wirtschaftseinbruch besonders stark betroffen. Kuttner meinte abschließend, dass es für die USA besser wäre, den Amerikanern wieder Arbeit zu verschaffen und Firmenschließungen zu verhindern, als bloß den Gürtel enger zu schnallen.